

Ulrich Silberbach ist neuer Vorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion

Der PKV-Verband gratuliert Ulrich Silberbach zu seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden des dbb beamtenbund und tarifunion. Der dbb Gewerkschaftstag wählte den 56-jährigen gebürtigen Kölner Ende November an die Spitze des Dachverbandes. In seiner Grundsatzrede bekannte sich Silberbach eindeutig zur Privaten Krankenversicherung als Ergänzung zur Beihilfe: „Wer das bewährte System aus Privater Krankenversicherung und Beihilfe nachhaltig verschlechtern oder gar gänzlich auflösen will, der legt Hand an die freiheitlich-demokratische Grundordnung und überschreitet aus unserer Sicht rote Linien. Wir werden deshalb als Bundesleitung jedem Versuch entgegentreten, Versorgung und Rente, Beihilfe, PKV und Gesetzliche Krankenversicherung in einem Topf zu vermengen.“

Angebliche Einsparungen, die die Bertelsmannstiftung zu Jahresbeginn bei



einer Überführung der Beamten in die GKV genannt hatte, bezeichnete Silberbach als „unseriöse Zahlenspiele“. Sie führten dazu, dass „polemisierend Stammtischniveau bedient“ werde.

www.dbb.de

Ärzte gegen Einheitskasse

Unter den Ärzten regt sich massiver Widerstand gegen die Forderung aus der SPD, eine Bürgerversicherung zur Voraussetzung für Koalitionsgespräche zu machen. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer, sagte: „Wer die Bürgerversicherung will, der startet den Turbolader in die Zweiklassen-Medizin. [...] Wir wollen keine Rationierung, keine Wartezeiten und keine Begrenzungen der Leistungskataloge wie in den Einheitssystemen der Niederlande oder in Großbritannien. Diejenigen, die es sich leisten können, sichern sich dort einen exklusiven Zugang zur Spitzenmedizin als Selbstzahler oder durch teure Zusatzversicherungen. Das hindert die SPD jedoch nicht daran, die Bürgerversicherung zur Voraussetzung von Sondierungsgesprächen zu machen und damit unser leistungsstarkes System aus den Angeln zu hebeln.“

Ähnlich äußert sich der Bundesvorsitzende des NAV-Virchow-Bundes, Dirk Heinrich: „Das wäre ein Einknicken mit fatalen Folgen: Die Bürgerversicherung verursacht eine unwiederbringliche Zerstörung von funktionierenden Strukturen. Sie ist die Abrissbirne an einem bewährten System, das die Bevölkerung und internationale Organisationen wie die OECD für das beste der Welt halten. Die freie Arztwahl, der niedrigschwellige Zugang zu wohnortnahen Haus- und Fachärzten und die europaweit kürzesten Wartezeiten wären schnell beendet.“

Für Andreas Gassen, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), geht die Diskussion zur Bürgerversicherung „am Kern der Probleme in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) vorbei. Eine Bürgerversicherung würde kein einziges der potenziellen Probleme lösen, vor allem nicht die Herausforderungen einer älter werdenden Bevölkerung.“

Arbeitgeber für duales System



Auf dem Deutschen Arbeitgebertag sprach sich der Präsident der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Ingo Kramer, für die Beibehaltung des dualen Systems und den Wettbewerb der Krankenversicherungen aus: „Ich warne vor Überlegungen, die Private Krankenversicherung zugunsten einer Einheitskasse abzuschaffen. In der Ge-

sundheitsbranche brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Wettbewerb, der die Kosten dämpft. Deshalb muss das bewährte duale System erhalten bleiben. Es ist doch immer die Vielfalt gewesen, die unser Land voran gebracht hat, und nicht der Staatsdirigismus.“

www.arbeitgeber.de